

**Redebeitrag von Silke Arning zu TOP 16 –
Änderung der Verleihungsgrundsätze der Bürgermedaille**

Die Verwaltung macht den Vorstoß, die Vorschlagsrechte zur Verleihung der Bürgermedaille stark einzuschränken. Kleine Fraktionen sollen kein eigenes Vorschlagsrecht mehr haben, sie sollen jetzt Klinken putzen gehen bei den Mächtigen. Als Begründung wird angeführt, dass das Vorschlagswesen aus dem Jahr 1988 stammt, als mit nur vier Parteien im Rat die Anzahl der Vorschläge überschaubar gewesen sei. Die Stadtgesellschaft ist aber seitdem bunter und vielfältiger geworden, was sich eben in vielen Belangen widerspiegelt - nicht nur in der Zusammensetzung des Rates, sondern auch in der Zivilgesellschaft.

Ich empfinde das überhaupt nicht als inflationär, sondern als bereichernd und integrierend, dass es vielfältige Vorschläge für Kandidatinnen und Kandidaten für diese Ehrung gibt. Es sind doch verdiente Menschen darunter, die den „großen“ Fraktionen, die mal locker 5 Stimmen für einen Vorschlag zusammenbringen, nicht unbedingt einfallen würden. Aber es stärkt die Ränder der Gesellschaft und schafft Zusammengehörigkeit, wenn die Vorschlagsliste und die Preisträgerinnen bunt und vielfältig sind.

Es tut der Demokratie nicht gut, wenn die Rechte kleiner Gruppen immer mehr eingeschränkt werden. Gerade weil die Verleihung der Bürgermedaille letztlich jenseits der politischen Arbeit Menschen für zivilgesellschaftliche Leistungen ehren soll, ist es unangebracht, wenn dafür nun innerhalb der Politik für Stimmen geworben werden muss.

Die kleineren Fraktionen müssen sich seit dieser Ratsperiode schon damit abfinden, kein Stimmrecht mehr in den Ausschüssen zu haben. Durch diesen Antrag, sollte er durchgehen, werden die Möglichkeiten kleiner Fraktionen ohne Not noch mehr eingeschränkt.

Ich bitte sie darum, liebe RatskollegInnen und Kollegen, diesen Antrag abzulehnen.